Dr. med. Karl-Josef Klees
Arzt f. Neurologie u.Psychiatrie
Psychotherapie
Fachkunde Geriatrie
Sprechstunden:
vormittags: Mo-Fr: 9-12 Uhr
(Sa. n.Vereinbarung)
nachmittags: Mo,Di: 14-18 Uhr
Do: 14-17 Uhr

66953 Pirmasens
Schloßstr.18
www.klees-net.de

Tel.:06331/13769

16.04.19

Meine letzte Stadtrat-Sitzung am 15.04.19

Praxis-Beispiel: Patient Nr. 19115 meiner Praxis

1.): Thema

Die lokalen Netzwerke zur Reintegration Arbeitsloser stellen sich vor, vom Pakt für Pirmasens bis zu Jobcenter, Arbeitsamt etc. Herr Bürgermeister Markus Zwick erwähnt auch Psychiatriebeirat und Psychosozialen Arbeitskreis PSAG.

2.): Sicht der Nervenarztpraxis

Das Engagement in den Netzwerken und Sitzungen sei sicher lobenswert, mir stelle sich aber die Frage des „ Transfers " von Sitzungen und Netzwerken auf die Lösung der Realprobleme, z.B. auf das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit in Pirmasens.

Aus meiner fast 33-jährigen Praxisbeobachtung gelte unverändert:
-> Wer ab einem gewissen Alter ohne gewisse Qualifikation arbeitslos wird in Pirmasens,
-> der durchläuft Arbeitslosengeld-I ohne Integration, der bleibt auch im Arbeitslosengeld-II ohne Reintegration
-> bis er von der ArGe transferiert ist in eine, in der Regel mit SGB-XII aufzustockende, kleine Rente, d.h. in die Altersarmut
-> und bei dessen Kindern sehe ich die gleiche Karriere absehbar wenn nicht schon perfekt. Ich habe heute die Patienten in meiner Praxis, welche ich in der Anfangsphase meiner Praxis als verstörte Kinder neben ihren arbeitslosen und gestörten Eltern sah. Wir haben 30 % Kinder in Hartz IV mit Tendenz „ zunehmend " und ich sehe bei diesen Kindern durch ihre Sozialisations-

defizite in verelendeten-regellos-resigniert-desintegrierten HARTZ-IV-Familien in der Regel keinerlei Aussicht darauf, daß sie den von den Pirmasenser Unternehmen geklagten Fachkräftemangel jemals füllen können. Angesichts unserer demografischen Entwicklung können wir uns nicht erlauben, für kommende Generationen mit 30% der Bevölkerung in Rente auch noch zusätzlich 30% Transferleistungsempfänger heute weiter zu bahnen.

Wo sich in der Praxis keine Integration über die Netzwerke bzw. Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit abbildet, sehe ich auch noch zusätzlich Manöver in SGB-II und SGB-III, welche im SGB-V nicht hinnehmbar sind. Die Versorgung real und schwer Kranker im SGB-V wird gefährdet, weil im SGB-II und SGB-III politische Vorgaben bzw. Illusionen an der Schnittstelle zum Arbeitslosen unerfüllbar bleiben. Wo Vermittlung realiter nicht möglich ist, wird sie simuliert aus der Arbeitslosen-Statistik heraus, z.B. durch Forderung nach Arbeitsunfähigkeits-Bescheinigungen in den Kassenpraxen des SGB-V. Daß die ambulante Versorgung in Pirmasens gefährdet ist durch zunehmende Überalterung der Praxisärzte und Fehlen von Facharztausbildungen in Kliniken bzw. Nachfolge-Interessenten, scheint sich noch nicht überall in den Sozialbürokratien und Sozialverwaltungen herumgesprochen zu haben.

-> Beispiel: Mitte März 2019 ist ein Mitte 50-jähriger Mann in meine Praxis gekommen, welcher keine Qualifikationen habe nach welchen der Arbeitsmarkt hier rufe und welcher mir darlegt, daß er als gelernter Bauschlosser von seinem Vermittler bei der Arbeitsverwaltung als nicht mehr vermittelbar deklariert werde. Er sei im Arbeitslosengeld-I, arbeitsunfähig geschrieben gewesen auf der orthopädischen Schiene bis zur kürzlichen Aussteuerung und im Sommer 2019 laufe sein Arbeitslosengeld-I komplett aus. Arbeitslosengeld-II fürchte er, nicht zu erhalten, weil seine Frau verdiene (d.h. gering verdiene) und wo seine beiden Kinder noch Schüler seien. Er sei von seinem Fallmanager bei der Arbeitsverwaltung darauf hingewiesen worden: Wo er ständig über Kopfschmerzen klage, solle er versuchen, mit einer „ neuen Erkrankung “, d.h. beim Neurologen, erneut krankgeschrieben zu werden. Die Aussteuerung auf orthopädischem Gebiet sei dann bedeutungslos und mit „ neuer Diagnose “ beginne seine Krankengeldauszahlung von Neuem … Ich frage ihn, was er als längerfristige Perspektive für sich in diesem Manöver der Arbeitsverwaltung sähe, wo Renteneintritt noch nicht in Sicht ist, berufliche Reintegration später begonnenen auch nicht aussichtsreicher werde und mache ihm klar, daß ich ihn wegen seinen oben angegebenen wirtschaftlichen Probleme ab Sommer 2019 (welche mir sehr gut nachvollziehbar seien) aber nicht im SGB-V erneut krankschreiben könne. Ich veranlasse weitere Diagnostik und mache mein weiteres Vorgehen davon abhängig. Da er aber wegen Auslaufen von Arbeitslosengeld-I im Sommer 2019 sich unter massivem Druck fühlt und von der ansonsten tatenlosen Bundesagentur für

Arbeit auf unmittelbare Krankschreibung durch den Neurologen fixiert ist, ihm dort auch noch so etwas wie ein „ Rechtsanspruch eingetrichtert “ erscheint, wird er unwillig-agressiv und werden Streit und Aggression aus der Arbeitsverwaltung in meine Praxis verlagert. Er sei ein Beispiel für dieses Muster in Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter.

Als Fazit ist aus meiner Sicht zu den Sitzungen und Netzwerken zu sagen: Sie sind wichtig, aber z.B. reale Integration Langzeitarbeitsloser ist weiterhin ungelöstes, bzw. unberührtes Problem.

3.): Reaktionen

Herr Weißler, Chef der Bundesagentur für Arbeit in Pirmasens und Kaiserslautern gibt an : " Ich kann mir nicht vorstellen, daß jemand von uns zur Krankmeldung in die Praxen geschickt wird. " Desweiteren verweist er auf die von der Agentur für Arbeit investierten Millionen speziell für die Langzeitarbeitslosen im Raum Pirmasens. Er räumt ein, daß tatsächlich das Fehlen gewisser Qualifikationen, ein gewisses Lebensalter und so genannte " multiple Vermittlungshindernisse " bei den Langzeitarbeitslosen in Pirmasens eine Reintegration in den Arbeitsmarkt sehr schwierig bis unmöglich machten. Mein geschilderter Fall mit der Krankmeldung sei zu prüfen - er macht aber kein Angebot, sich nochmal zur Prüfung zusammenzusetzen.

Herr Schwarz vom Jobcenter Pirmasens entgegnet mir, gerade den Langzeitarbeitslosen gelte ja die besondere Sorge der Hartz IV-Behörde und diese sei erweitert worden auf die Familien, um den Kindern die Arbeitslosigkeit der Eltern zu ersparen.

Oberbürgermeister Dr. Matheis sagt abschließend: Es bestünden hier völlig verschiedene Probleme. Ein Problem sei die Förderung der von mir beschriebenen Langzeitarbeitslosen (Anmerkung: Wo es bei meinem Klientel i.d.R. keine Förderung mehr gibt, sondern nur noch die Frage welche Sozialkasse für die Eltern zahlt und wie durch KiTas etc. im Sinne einer Prophylaxe die Kinder lebenstüchtiger als die Eltern werden) und ein völlig anderes Problem sei es, die Schulabgänger den geeigneten Lehrstellen zuzuführen und damit den Fachkräftemangel zu beheben. Eine Erwartung sei unmöglich wie: Hier haben wir den Pool der Jugendlichen mit allen Problemfällen und dort haben wir die offenen Stellen für Lehrlinge und Fachkräfte und es ist nur eine Frage der Qualifizierung, bis wir die Jugendlichen dem Arbeitsmarkt zugeführt haben. Hier gäbe es eine Menge von Zwischenschritten und ungelöste Fragen sowie Problemen.

Dr. med. K.-J. Klees